

...t. 1911. 1. Aufl. Gratz-Wien. ...

Interaten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptpostamt SW. 19, ...

Interaten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptpostamt SW. 19, ...



Berliner Tageblatt

Nr 550 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 52. Jahrgang Donnerstag, 29. November 1923

Der Bürgerblock gescheitert.

Die Deutschnationalen fordern Regierungsfrise auch in Preußen.

Die Verhandlungen der Fraktionsverbände.

Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung Bürgerblocks sind gestern in später Abendstunde gescheitert. ...

1.30 Uhr eine Fraktionsführung absteht, vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß die Frage der Regierungsbildung in Preußen Sache der Parteien in Preußen sei und daß die Fraktion es ablehnen müsse, auf die Landtagsfraktion des Zentrums einzugehen. ...

Der Beschluß der Deutschnationalen.

Die Antwort der Demokraten.

Nach der Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag wurde gestern Abend folgende Erklärung ausgegeben: Die von den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums im Reichstag der Deutschnationalen Fraktion vorgelegte Hauptfrage betrifft Preußen. ...

Die Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion dauerte bis in die neunte Abendstunde. Sie nahm dann den Beschluß der Deutschnationalen Volkspartei entgegen. Die Fraktion faßte folgenden Beschluß: „Nachdem gegen den Wunsch der Deutschen demokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preussischen Regierungsbildung verknüpft ist und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und will sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ansersehenen Persönlichkeit beteiligen.“

Der Wahlkampf in England.

Die Presse gegen Baldwin. — Die Rolle Lloyd Georges. — Die Geldnot der Labour Party. Koalitionsmöglichkeiten.

Von unserem Korrespondenten Dr. Kurt v. Stutterheim.

London, Ende November. Wer heute in England den Wahlkampf miterlebt, erhält einen Begriff von den propagandistischen Talenten dieses Volkes, die uns im Kriege so ungeheuren Schaden zugefügt haben. Man denke sich ein Land wie Deutschland in einem Wahlkampf wegen eines rein wirtschaftlichen Problems, wie er hier zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern ausgetragen wird. Eine Flut von Statistiken und Tabellen würde das Reich von den Alpen bis ins Meer überflutet. Hier in England aber hat man Mühe, auch nur die notwendigsten nationalökonomischen Unterlagen zu erhalten. Denn mit wissenschaftlichen Beweisführungen überzeugt man wohl Herrn A und B, nicht aber die große Masse. Hier heißt es zünden, Leidenschaftlichkeiten entfachen, die Sports- und Lustlust reizen. Es läßt sich viel gegen solche Methoden einwenden. Aber mit ihnen hat Lord Northcliffe, der sich auf die menschliche Seele verstand, die öffentliche Meinung der Welt aus den Angeln gehoben.

Ein Bravourstück freilich, wie die Gründung der Geschichte von den Lampenfabrikanten ist den Freihändlern dieser Generation nicht gefallen. In dieser kläglich gewordenen Geschichte bitten die Lampenfabrikanten die Regierung um Protektion gegen die Sonne, die durch die billige Herstellung von Licht ihre Industrie gefährde, so daß die Zumauerung der Häuser zum Gesetz erhoben werden müßte. Hiergegen wirkt es etwas billig, wenn Lloyd George Protektion nicht gegen die französischen Mills (Spinnereien), sondern gegen den französischen Militarismus verlangt oder wenn die Verteidiger des Schutzzolles unter Hinweis, daß Schinken, Eier, Butter und Weizen jollrei bleiben sollen, mit dem „free breakfast“ Propaganda machen. Einem konservativen Arbeiter war die Gründung des Wohlstandes zugeschrieben: Labour Party = destruction, Liberals = obstruction, Conservative = construction.

Ganz auf der Höhe dürften dagegen die technischen Mittel sein, mit denen in diesem Wahlkampf gearbeitet wird und in deren Anwendung sich England immer mehr den Vereinigten Staaten nähert. Als Lloyd George seine „Wirkelwindreise“ durch das Königreich antrat, wurde er von einem Stab von Ingenieuren und Technikern begleitet, die ihm durch Anhängen von Schalltrichtern, Stimverstärkern und Funkprüfapparaten ein Publikum von fünf Millionen Zuhörern verschaffen wollten. Denn so überragend sonst in diesem Lande die Presse sein mag, so ist in einem Wahlkampf das gesprochene Wort kaum weniger ausschlaggebend. Die „platform power“ der Liberalen, die in Asquith, Lloyd George und Churchill über die glanzvollsten Redner des Landes verfügen, ist deshalb keine geringere Gefahr für die Konservativen als der Mangel an Unterstützung, die die Presse dem Premierminister zuteil werden läßt. Denn tatsächlich hat Baldwin in diesem Wahlkampf nur die „Times“ und die „Morning Post“ hinter sich. Dagegen wird er von den Konservativen Lord Rothermere und Lord Beaverbrook scharf angegriffen, und zwar von letzterem mit der Begründung, daß die Tatpläne der Regierung noch nicht weit genug gingen. Noch rätselhafter ist die Haltung Lord Rothermeres, der Baldwin den Krieg erklärt hat, weil er auf einen Bruch mit Frankreich hinarbeite. Dabei muß Lord Rothermere wissen, daß jede Stimme, die er Baldwin in entsetzt, eine Stimme für Lloyd George ist, dessen letzte Neben von beispielloser Schärfe gegen Frankreich waren. Angesichts dieses undurchsichtigen Spieles gewinnen die Gerüchte an Wahrscheinlichkeit, daß Beaverbrook und Rothermere unbeschadet um Schutzpol und auswärtige Politik in erster Linie auf die Wiederherstellung der Koalition hinarbeiten und daß sie deswegen von einer Bekämpfung der Liberalen Abstand nehmen.

Der größte Trumpf aber den die Liberalen in diesem Wahlkampf auszubilden haben ist ihre Einigung, die sich über Erwartung gründlich vollzogen hat. Die Parteiorganisationen und die Parteibüros wurden wieder zusammengelegt, und kein Asquith-Liberaler wird in diesem Wahlkampf gegen einen Lloyd-George-Liberalen kämpfen. Als symbolischer Ausdruck für die Wiedervereinigung wurde das Bild Lloyd Georges wieder an den Wänden des Liberalen Clubs aufgehängt, von denen es nach dem Zerwürfnis der beiden Parteiflügel herabgenommen war und wo es jetzt wieder in der Gesellschaft Asquiths und Glasstones hängt.

So kommt es, daß die Liberalen allgemein als der tertius gaudens des Wahlkampfes angesehen werden. Sie waren zu Anfang des Jahres, als die Arbeiterpartei mit Niesenschrift vorwärts schritt, so gut wie tot. Heute aber ist es bereits fraglich, ob sie die Labour Party nicht überflügeln und die Führung der Opposition im Unterhaus übernehmen werden. Dies dürfte die eine der vielen großen

Einige Worte noch über die Haltung der Demokraten. Wenn man noch kein formeller Beschluß darüber herbeigeführt worden ist, so ist es zusammen mit den Deutschnationalen eine Regierung des Bürgerblocks bilden oder bloß eine neutrale Stellung einnehmen müßte. Man sagte sich, daß ein Kabinett, in dem so heterogene Elemente wie Deutschnationale und Demokraten vereinigt seien, nur schwer arbeits- und aktionsfähig gewesen wäre. Zudem hätte die Rechte dann immer die Verantwortung für all das, was gekommen wäre, auf den linken Flügel der Regierung abgewälzt. Dagegen hätten die Demokraten außerhalb der Koalition das Experiment einer Reichsregierung bilden können, um auch diese Krise einmal praktische Politik treiben zu lassen, ohne daß der demokratischen Partei eine Verantwortung für das, was sie nicht bewahren konnte, zugefallen wäre. Dabei dürfen wir, wie wir es schon gesehen haben, als noch alles in der Schwebe war, berücksichtigen, daß sie sich in der Beurteilung der Reichspolitik lediglich nach schließlichen Momenten hätten lassen, ohne, wie es bislang die Deutschnationalen in ihrer Oppositionsstellung getan haben, das Verlangen über ihre Ausscheidung blindlings alle Fenster- und Türen zu schließen und Innenpolitik einzunehmen. Heute will die Deutschnationale Landtagsfraktion den Kampf um die große Koalition in Preußen direkt in den Landtag verlegen. Man darf aber annehmen, daß sie dabei bei allen vier Fraktionen der großen Koalition auf den heftigsten Widerstand stoßen wird. Im Verlauf des gestrigen Nachmittags wurden auch unverbundene Besprechungen der Demokraten mit den Sozialdemokraten aufgenommen. Dabei ergab es sich, daß die Sozialdemokraten erklärte, sie habe nicht, wie es ursprünglich hieß, die Beteiligung an irgendeiner Koalition grundsätzlich abgelehnt. Doch der Gedanke der Wiederherstellung der Weimarer Koalition an dem Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten wurde wieder in die Debatte geworfen, hat aber, bisher wenigstens, kaum Aussicht auf Erfolg, da das Zentrum ihn prinzipiell abzulehnen scheint.

Die „Germania“, das Organ des Zentrums, machte in ihrer gestrigen Abendnummer folgende Mitteilung: „Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie keinen Anstoß sehe, in Preußen die große Koalition zu betreiben, und daß sie an der bisherigen Außenpolitik festhalten wissen wolle. So weit wir unterrichtet sind, ist das auch die Auffassung der Deutschen Volkspartei. Das Zentrum, das um